Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . . **V**

Abkürzungsverzeichnis . . . . . **XIX**

I. Ausgangslage bei der Altersversorgung von Geschäftsführern und Vorständen **1**

1. Bestimmung der Versorgungslücke 1
2. Vergleich der Vorteilhaftigkeit der verschiedenen Säulen der Altersvorsorge 3
3. Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung bei GmbH-Geschäftsführern und AG-Vorständen 8
4. Durchführungsformen der betrieblichen Altersversorgung und ihre Verbreitung 8
   a) Unmittelbare Versorgungszusagen 9
   b) Direktversicherung 10
   c) Unterstützungskassen 11
   d) Pensionskassen 13
   e) Pensionsfonds 14

II. Gestaltung von Versorgungszusagen zugunsten von Geschäftsführern und Vorständen **15**

1. Versorgungszusagen an Fremdgeschäftsführer bzw. nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstände 15
2. Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände 19
   a) Voraussetzungen für Beherrschung im Sinne des Arbeitsrechts . . 19
   b) Erforderliche Regelungsbereiche für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände . . 20
3. Insolvenzschutz bei Versorgungszusagen 24
   a) Allgemeines zum Insolvenzschutz 24
   b) Privatrechtlicher Insolvenzschutz mittels „Verpfändungsmodell“ . . 25

c) Aussonderungsrecht im Fall der Insolvenz der Gesellschaft 30

d) Keine Gefährdung der Sicherung durch Widerrufsvorbehalte . . . 32

e) Pfändungsschutz von Renten-Rückdeckungsversicherungen beim Geschäftsführer/Vorstand. 35

III. Steuerliche Behandlung von unmittelbaren Versorgungszusagen bei der Gesellschaft 37

1. Anforderungen an die steuerliche Anerkennung von Versorgungsaufwand der Gesellschaft für einen Geschäftsführer/Vorstand bei allen Durchführungswegen 37

a) Vormerkungen 37

b) Zweistufige Prüfung der steuerlichen Anerkennung von Versorgungsaufwand 38

2. Allgemeine Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Pensionsrückstellungen (1. Prüfungsstufe). 39

a) Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz 39

b) Überblick über die zwingenden steuerlichen Bewertungsvorschriften, die von den BilMoG-Anforderungen abweichen . . . 40

c) Voraussetzungen der Bildung von Pensionsrückstellungen in der Steuerbilanz im Einzelnen 44

aa) Rechtsanspruch / Zivilrechtlich wirksame Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 1 EStG) 44

bb) Schriftliche und eindeutige Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG) . . 47

cc) Keine steuerschädlichen Widerrufsvorbehalte (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG) 48

dd) Keine Abhängigkeit von künftigen gewinnabhängigen Bezügen (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG) 48

ee) Keine Vorwegnahme künftiger Einkommensentwicklungen = Keine Überversorgung = Einhaltung der 75% Grenze (§ 6a Abs. 3 S. 2 Nr. 1 S. 4 EStG). 49

(1) Versorgungszusagen mit fester Anwartschaftsdynamik 49

(2) Versorgungszusagen mit Gehaltsdynamik 50

(3) Überhöhte Versorgungszusagen / Versorgungszusagen, die die 75%-Grenze in der Anwartschaftsphase überschreiten 50

(4) Nur-Pensionszusage 54
(5) Gehaltsabsenkungen 55

3. Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von unmittelbaren Versorgungszusagen an beteiligte Geschäftsführer / Vorstände (2. Prüfungsstufe) 55

a) Betriebliche Veranlassung und verdeckte Gewinnausschüttung . . 55

b) Unterscheidung zwischen steuerlich beherrschenden und nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern 57

c) Unterscheidung zwischen Zusagen, die die gesetzliche Altersversorgung ersetzen, und solchen, die sie ergänzen 59

d) Einzelne Anforderungen an die betriebliche Veranlassung von Direktzusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer/-vorstände . . . 63

aa) Im Voraus geschlossene, klare und eindeutige Zusage / Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbot 63

(1) Notwendigkeit einer umfassenden und eindeutigen Regelung 63

(2) Anwendungsfälle des Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbots 64

bb) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit. 66

(1) Ernsthaftigkeit und Verzicht 66

(2) Ernsthaftigkeit und realistisches Pensionierungsalter . . 67

(3) Finanzierbarkeit 68

cc) Probezeit = frühestmögliche Zusageerteilung 71

(1) Kritik an der Rechtsprechung aus dem Aspekt des Fremdvergleichs 71

(2) Anforderungen an die Erprobung (personenbezogene Probezeit) 72

(3) Gesicherte Gewinnerwartung der GmbH bei Zusageerteilung 74

dd) Erdienbarkeit = spätestmögliche Zusageerteilung 76

(1) Erdienbarkeitsfrist 77

(2) Höchstalter bei Zusageerteilung 78

(3) Ausnahmefall Entgeltumwandlung 79

(4) Erhöhungen der Zusage 79
(5) Anwendung auf nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer 81
ee) Sonstiger Fremdvergleich / Prüfung der Üblichkeit 81
(1) Innerbetrieblicher vs. externer Fremdvergleich 82
(2) Keine entgegenstehenden sonstigen betrieblichen Besonderheiten 83
(3) Gestaltung der Versorgungszusage: Warte- und Unverfallbarkeitsfristen 84
(4) Gestaltung der Versorgungszusage: Zusagen an Lebensgefährten (100 % Witwen-/Witwerpension) . . . 88
(5) „Erweiterter Fremdvergleich“ 90
ff) Angemessenheit der Versorgungszusage der Höhe nach . . 92
gg) Angemessenheit der Gesamtbezüge 93
(1) Berücksichtigung der „fiktiven Jahresnettoprämie“ bei Versorgungszusagen 93
(2) Ermittlung der „angemessenen“ Gesamtbezüge 95
(3) Zusammenrechnung der Vergütung bei Tätigkeit für mehrere GmbHs 97
4. Folgen einer Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis. 98
a) Keine Anerkennung (100%ige vGA) 98
b) Temporäre vollständige Nichtanerkennung (temporäre vGA) . . . 99
c) Teilweise Anerkennung (teilweise vGA bzw. erforderliche Bilanzberichtigung) 100
d) Aufteilung bei Überversorgung 101
e) Behandlung einer vGA bei der Gesellschaft und dem Gesellschafter 102
5. „Heilung“ einer verdeckten Gewinnausschüttung 103
6. Zusammenfassung 104

IV. Steuerliche Behandlung von mittelbaren Versorgungszusagen (Direktversicherungs-, Unterstützungskassen-, Pensionskassen- und Pensionsfondszusagen) bei der Gesellschaft 105

1. Vorbemerkungen 105
2. Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für eine Direktversicherung des (Gesellschafter-)Geschäftsführers 106
   a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Direktversicherungszusage. 106
   b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit 107
   c) Erdienbarkeit 108
   d) Sonstige Üblichkeit 109
   e) Angemessenheit der Gesamtvergütung 109
3. Steuerliche Anerkennung von Zuwendungen für den (Gesellschafter-)Geschäftsführer an eine Unterstützungskasse 110
   a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Zusage 110
   b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit 111
   c) Erdienbarkeit 112
   d) Sonstige Üblichkeit der Versorgungszusage 113
   e) Angemessenheit der Gesamtvergütung 113
4. Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für den (Gesellschafter-)Geschäftsführer an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds 114
5. Steuerliche Anerkennung von Beiträgen und Zuwendungen für den (Gesellschafter-)Vorstand bei mittelbaren Versorgungszusagen. 114
6. Steuerfreiheit von Pensions- und Unterstützungskassen im Hinblick auf die Versorgung von beteiligten Geschäftsführern bzw. Vorständen . 115

V. Steuerliche Behandlung der betrieblichen Altersversorgung beim Geschäftsführer bzw. Vorstand 117

1. Einkommensteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei unmittelbaren Versorgungszusagen und der Versorgung über eine Unterstützungskasse 117

a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit. 117

b) Kürzung von Sonderausgabenabzügen bei Vorsorgeaufwendungen 119

aa) Altes Recht bis zum 31.12.2004 120

bb) Neues Recht ab dem 1.1.2005 123

cc) Allgemeine Gestaltungsüberlegungen wegen der Auswirkungen 124

c) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen 125

2. Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei Direktversicherungen oder Pensionskassen mit pauschal oder voll versteuerten Beiträgen (Zusageerteilung vor dem 1.1.2005 bzw. dem 1.1.2002). 127

a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit. 127

b) Umwandlung einer Rückdeckungsversicherung in eine Direktversicherung und Abschluss einer Direktversicherung beim Ausscheiden 133

c) Besteuerung bei Leistungsbezug. 134

3. Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei Pensionsfonds, Pensionskassen und – bei Zusageerteilung ab 1.1.2005 – Direktversicherungen . . . 135

a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit. 135

b) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen 137

4. Vermögensteuerliche Behandlung der Versorgungszusage 138

5. Erbschaftsteuerliche Behandlung von Hinterbliebenenleistungen . . 138

VI. Besondere Fragestellungen 141

1. Befreiung der Gesellschaft von der Versorgungsverbindlichkeit . . . 141

a) Abfindung 143

aa) Betriebsrentenrechtliche Voraussetzungen 143

bb) Bilanzsteuerliche Anerkennung und betriebliche Veranlassung 145

(1) Notwendigkeit einer Abfindungsklausel in der Zusage? 145

(2) Inhaltliche Anforderungen an anzuerkennende Abfindungsklauseln 145

(3) Bilanzsteuerliche Anerkennung 147

(4) Steuerlich zulässiger Abfindungsbetrag bei Gesellschafter-Geschäftsführern 148

cc) Steuerliche Behandlung beim Geschäftsführer/Vorstand . . 149

b) Verzicht 151

aa) Zivilrechtliche Voraussetzungen 151

bb) Betriebliche oder gesellschaftliche Veranlassung des Verzichts 151

cc) Folgen des gesellschaftlich veranlassten Verzichts 152

(1) Sonderfall: Festschreiben der Zusage bzw. Verzicht auf den „Future Service“ 154

(2) Sonderfall: Umstrukturierender Verzicht 156

dd) Folgen des betrieblich veranlassten Verzichts bzw. Teilverzicht 158

ee) Verzicht gegen Besserungsschein 158

c) Auslagerung der Verbindlichkeit auf einen anderen Versorgungsträger 158

d) Übertragung auf einen Folgearbeitgeber 161

aa) Lohnsteuerliche Behandlung des Übertragungswertes beim Geschäftsführer/Vorstand 161

bb) Betriebliche Veranlassung 162

cc) Rechtsfolgen für das übertragende Unternehmen 162

dd) Rechtsfolgen für den Geschäftsführer als Gesellschafter . . 163
(1) Angemessener Übertragungswert 163
(2) Steuerliche Behandlung beim Folgearbeitgeber, an dem der Geschäftsführer/Vorstand wiederum maßgeblich beteiligt ist 165
ee) Passivierung angeschaffter Pensionsrückstellungen 166
e) Liquidation(sversicherung) 168
aa) Abschluss ohne Zustimmung des Geschäftsführers/ Vorstands 168
bb) Betriebliche Veranlassung bei Liquidationsversicherungen für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer 171
2. Betriebsrentenrechtlicher Statuswechsel 173
3. Rechtsformwechsel des Unternehmens 174
4. Weitere Tätigkeit des Geschäftsführers nach Erreichen des vertraglichen Pensionsalters 178
5. Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Versorgungszusagen an Gesellschafter-Vorstände von Aktiengesellschaften 180
a) Unterschiede zur Situation von GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführern 180
b) Anwendbarkeit der für GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer entwickelten Prüfkriterien in besonderen Fällen 181
c) Fazit 182
6. Nicht-Anerkennung von Wertkontenvereinbarungen bei Organmitgliedern und bei Beherrschung 183
7. Versorgungsausgleich bei GmbH-Geschäftsführern 184
a) Allgemeines. 184
b) Durchführung der Teilung. 185
c) Besonderheiten bei der Teilung von Pensionszusagen an (Gesellschafter-)Geschäftsführer/-Vorstände. 187
aa) Unterfinanzierte Versorgungszusagen 187
bb) Endgehaltsabhängige Versorgungszusagen 187

VII. Hinweise zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) 189

1. Vorbemerkung 189
2. Wesentliche Anforderungen des BilMoG an die Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen 190
3. Auswirkungen des BilMoG auf die Bewertung von mittelbaren Versorgungszusagen 193

VIII. Schlussbemerkungen 195

Anhang 197

I. Checkliste 201

II. Muster-Pensionszusagen für einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstand 205

1. Muster für eine Zusage, die eine fehlende Anwartschaft auf gesetzliche Rentenleistungen ersetzt* 205
2. Muster für eine Zusage, die bestehende Versorgungsanwartschaften ergänzt 211

III. Muster-Verpfändungsvereinbarung 219

IV. Muster-Gesellschafterbeschluss 221

V. Matrix zur unterschiedlichen Behandlung von beherrschenden/nicht beherrschenden Geschäftsführern sowie Arbeitnehmern . . . 223

VI. Matrix zur Statusfeststellung (GmbH) 227

VII. Wichtige Rechtsvorschriften 229

1. Auszug aus den Einkommensteuer-Richtlinien 2012 (EStR 2012) i. d. F. vom 25.3.2013 229
2. Auszug aus den Körperschaftsteuer-Richtlinien 2004 (KStR 2004) sowie den Hinweisen zu den Körperschaftssteuer-Richtlinien 2004 (KStH 2008) 240
3. Auszug aus den Erbschaftsteuerrichtlinien (ErbStR 2011) . . . 247
4. Schreiben der Finanzverwaltung 249

a) Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 21.1.1991 zur erbschaftsteuerrechtlichen Behandlung von Hinterbliebenenbezügen aus einem Anstellungsvertrag des Gesellschafter-Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft 249

b) BMF-Schreiben vom 16.5.1994 - IV B 7 - S 2742 - 14/94 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Gesellschaftergeschäftsführer-Dienstvertrages; Auswirkungen des BGH-Urteils vom 25.3.1991 - II ZR 160/90 - 250

c) BMF-Schreiben vom 21.12.1995 - IV B 7 - S 2741 - 68/95 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Geschäftsführer-Dienstvertrages; Auswirkungen des BGH-Urteils vom 25.3.1991 - II ZR 160/90 - auf Pensionsrückstellungen 251

d) Verfügung der OFD Hamburg vom 24.4.1996 - S 2742 - 8/94 - St 31 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Gesellschafter-Geschäftsführer-Dienstvertrages 252

e) Verfügung der OFD Köln vom 15.9.1997 - S 2742 - 63 - St 131 zum Erdienungszeitraum für Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer 253

f) Verfügung der OFD Karlsruhe vom 17.4.2001 - S 2742 A - St 331 zur Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers 253

g) BMF-Schreiben vom 28.5.2002 - IV A 2 - S 2742 - 32/02 zur Korrektur einer verdeckten Gewinnausschüttung innerhalb oder außerhalb der Steuerbilanz 258

h) BMF-Schreiben vom 14.10.2002 - IV A 2 - S 2742 - 62/02 zur Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers 271

i) BMF-Schreiben vom 9.12.2002 - IV A 2 - S 2742 - 68/02 zu Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer; Vereinbarung einer sofortigen ratierlichen Unverfallbarkeit – Länge des Erdienungszeitraums 276

j) BMF-Schreiben vom 2.12.2003 - IV A 2 - S 2743 - 5/03 zur Ertragsteuerlichen Beurteilung des Forderungsverzichts des Gesellschafters einer Kapitalgesellschaft gegen Besserungsschein; Folgen aus der Entscheidung des Großen Senats des BFH vom 9.6.1997. 277

k) BMF-Schreiben vom 3.11.2004 - IV B 2 - S 2176 - 13/04 zu Zusagen auf Leistungen der betrieblichen Alters-versorgung; bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von überdurchschnittlich hohen Versorgungsanwart-schaften (Überversorgung) 279

l) BMF-Schreiben vom 28.1.2005 - IV B 7 - S 2742 - 9/05 zur Vereinbarung einer Nur-Pension mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft; Folgerungen aus dem BFH-Urteil vom 17. Mai 1995 (BStBl 1996 II S. 204) 286

m) BMF-Schreiben vom 6.4.2005 - IV B 2 - S 2176 - 10/05 zur betrieblichen Altersversorgung; bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Abfindungsklauseln in Pensionszusagen nach § 6 a EStG 288

n) BMF-Schreiben vom 1.9.2005 - IV B 2 - S 2176 - 48/05 zu Abfindungsklauseln in Versorgungszusagen; Anpassung von Versorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Versorgungsberechtigten 289

o) BMF-Schreiben vom 6.9.2005 - IV B 7 - S 2742 - 69/05 zur Finanzierbarkeit von Pensionszusagen gegenüber Gesellschafter-Geschäftsführern (§ 8 Abs. 3 Satz 2 KStG); Anwendung der BFH-Urteile vom 8. November 2000 (Az. I R 70/99), vom 20. Dezember 2000 (Az. I R 15/00), vom 7. November 2001 (Az. I R 79/00), vom 4. September 2002 (Az. I R 7/01) und vom 31. März 2004 (Az. I R 65/03) 290

p) Bayer. Landesamt für Steuern, Verfügung vom 15.2.2007 (S 2742-26 St31N) Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers auf eine finanzierbare Pensionszusage (§ 8 Abs. 3 Satz 2 KStG) 290

q) BMF-Schreiben vom 22.5.2007 - IV C 8 - S 2221/07/0002 zur Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen bei Gesellschafter-Geschäftsführern von Kapitalgesellschaften (§ 10 Abs. 3 EStG i. d. F. bis VZ 2004, § 10 Abs. 4a EStG n. F.) 292

r) BMF-Schreiben vom 14.8.2012 - IV C 2 - S 2743/10/10001: 001 zum Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft auf eine Pensionsanwartschaft als verdeckte Einlage (§ 8 Abs. 3 Satz 3 KStG); Verzicht auf künftig noch zu erdienende Pensionsanwartschaften (sog. Future Service) 298

s) BMF-Schreiben vom 13.12.2012 - IV C 6 - S 2176/07/10007 zur bilanzsteuerrechtlichen Berücksichtigung von sog. Nur-Pensionszusagen 300

t) BMF-Schreiben vom 14.12.2012 - IV C 2 - S 2742/10/10001 - zur Probezeit vor Zusage einer Pension an den Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft (§ 8 Abs. 3 Satz 2 KStG) 300

u) BMF-Schreiben vom 24.7.2013 - IV C 3 - S 2015/11/10002- zur steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge und betrieblichen Alters-versorgung i. d. F. der Akt. durch BMF-Schreiben vom 13.1.2014 – [Auszug] 302

v) BMF-Schreiben vom 18.10.2013 - IV C 6 - S 2176/12/10001 zur Berücksichtigung von gewinnabhängigen Pensions-leistungen bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6 a EStG. 305

5. Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs zur Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung (I R 78/08) 306

6. Merkblatt 300/M 1* des Pensions-Sicherungs-Vereins a.G. Insolvenzsicherung für Versorgungszusagen an (Mit-)Unternehmer (persönlicher und sachlicher Geltungsbereich des Betriebsrentengesetzes) (Stand: 3.10 / Ersetzt: 1.05) 323

Literaturverzeichnis 329

Stichwortverzeichnis 337